



## MORNING NEWS

7. April 2026

INDEX	SCHLUSS	VERÄNDERUNG net	%	VORTAG	INDEX	SCHLUSS	VERÄNDERUNG net	%	VORTAG
DAX	23.168,08	-130,81	-0,56	23.298,89	DJ 30	46.669,88	165,21	0,36	46.504,67
MDAX	28.916,26	-289,58	-0,99	29.205,84	NASDAQ	24.192,17	146,64	0,61	24.045,53
TEC DAX	3.394,17	-79,42	-2,29	3.473,59	Nikkei 225	53.381,52	-32,16	-0,06	53.413,68
Euro Stoxx50	5.692,86	-39,85	-0,70	5.732,71	Hang Seng	25.116,53	-177,50	-0,70	25.294,03
Bund Future	125,48	-0,19	-0,15	125,67	Euro / US-\$	1,1538	-0,00	-0,03	1,1541
Gold in US-\$	4.662,11	12,26	0,26	4.649,85	Öl (Brent) US-\$	111,53	1,76	1,60	109,77
Bitcoin / US-\$	68.934,29	-899,03	-1,29	69.833,32	Ethereum / US-\$	2.116,95	-32,05	-1,49	2.149,00

### Vorbörsliche Indikationen (07:00 Uhr)

INDEX	INDIKATION	ABSOLUTE VERÄNDERUNG (zum Schlusskurs Vortag)
DAX	23.134	-34
NASDAQ Future	24.237,25	-121,25

AKTIE	PARITÄT €	VERÄNDERUNG €	%	SCHLUSSKURS XETRA in €	SCHLUSSKURS NYSE in \$	VOLUMEN NYSE
SAP AG	148,30	-0,60	-0,00	148,90	171,12	1.424.245,00
Nokia OJ	7,70	0,33	0,05	7,37	8,89	83.637.471,00

### Unternehmenstermine

UNTERNEHMEN	RIC	ANLASS	ZEIT	SCHÄTZUNG
Gea Group	GIAG.DE	Pre Close Call Q1	14:00	n/a
Europäische Unternehmen	Heute keine wichtigen Unternehmenstermine			

Quelle: Bloomberg/dpa/AFX

### Konjunkturtermine

LAND	INDIKATOR	MONAT	UHRZEIT	SCHÄTZUNG
D	PMI Dienste, final	März	09:55	51,2 (51,2)
D	PMI Composite, final	März	09:55	51,9 (51,9)
EWU	PMI Dienste, final	März	10:00	50,1 (50,1)
EWU	PMI Composite, final	März	09:55	50,5 (50,5)
EWU	Sentix Investorvertrauen	April	10:30	-8,0 (-3,1)
USA	Auftragseingang langlebiger Güter, vorab	Februar	14:30	-1,2% (0,0%)
USA	Auftragseingang langlebiger Güter ex transport, vorab	Februar	14:30	0,4% (0,4%)
USA	Verbraucherkredite	Februar	21:00	10,250 (8,050) Mrd \$

Quelle: Bloomberg

### Wall Street Schlussbericht

VOLUMEN	GEHANDELTE AKTIEN (in Mrd.)	US-STAATSANLEIHEN	VERÄNDERUNG	RENDITE (Yield)
Volumen NYSE	1,13 (1,24)	10-jährige Bonds	+0,047	4,34%
Volumen NASDAQ	7,86 (8,11)	30-jährige Bonds	+0,172	4,89%

()=Vortag

Die **US-Börsen haben am Montag zugelegt**. Anleger hätten sich angesichts von Berichten **leicht optimistisch** gezeigt, wonach die **USA, der Iran und eine Gruppe regionaler Vermittler** weiterhin über **Bedingungen eines Waffenstillstands im Iran-Krieg** diskutierten. **Entsprechende Hoffnungen wurden aber gedämpft** von **US-Präsident Donald Trump, der gedroht hat**, ohne einen Deal nach Auslaufen eines Ultimatums am Dienstagabend US-Zeit (02.00



Uhr MESZ am Mittwochmorgen) **den Iran umfangreich anzugreifen**. Der Iran hat laut einem Medienbericht einen sofortigen Waffenstillstand abgelehnt und besteht auf ein dauerhaftes Ende des Krieges.

Der US-Standardwerteindex Dow Jones schloss 0,4 Prozent fester mit 46.670 Punkten. Der technologielastige Nasdaq rückte 0,5 Prozent auf 21.996 Zähler vor und der breit gefasste S&P 500 0,4 Prozent auf 6612 Stellen. Für den S&P und die Nasdaq war es der vierte Handelstag in Folge mit Gewinnen.

"Die Realität ist, dass wir uns hoffentlich langsam einer Lösung nähern", sagte Ryan Detrick, Chef-Marktstrategie bei der Carson Group mit Blick auf den Iran-Krieg. "Leider wird es heute noch nicht soweit sein. Aber ich glaube, die Anleger haben das Gefühl, dass auf beiden Seiten mehr Gespräche stattfinden." Angesichts der bevorstehenden Berichtssaison gebe es Optimismus, dass US-Firmen erneut eine solide Performance zeigen würden. Der Iran-Krieg hat die Märkte seit über einem Monat im Griff. Stark steigende Rohölpreise schüren Inflationsängste, und Aktienkurse sind abgesackt.

Wirtschaftsdaten vom Montag zeigten, dass der **US-Dienstleistungssektor** im März langsamer als erwartet gewachsen ist, während die Beschäftigung in diesem Sektor zurückging und die Einkaufspreise – ein Inflationsindikator – auf den höchsten Stand seit Oktober 2022 stiegen.

Der mit Spannung erwartete **Arbeitsmarktbericht**, der am **Karfreitag** veröffentlicht wurde, zeigte, dass die US-Wirtschaft im März 178.000 neue Arbeitsplätze geschaffen hat – fast dreimal so viele wie erwartet. Diese positive Überraschung wurde jedoch durch eine Korrektur der Arbeitsplatzverluste im Februar von 92.000 auf 133.000 gedämpft.

Aktien von **Soleno Therapeutics** legten am Montag kräftig zu, nachdem Neurocrine Biosciences zugestimmt hatte, den Hersteller von Medikamenten für seltene Krankheiten für 2,9 Milliarden Dollar in bar zu übernehmen.

Ein um rund 3,5 Prozent auf knapp 70.000 Dollar gestiegener **Bitcoin-Kurs** beflügelte die Kryptowährungsfirmen wie **Coinbase** und **Strategy**.

## Marktmeldungen

**Finanzminister** Lars Klingbeil plant eine **befristete Finanzspritze** von rund einer Milliarde Euro jährlich für **Länder und Kommunen**. Ziel ist vor allem, den teils hoch verschuldeten Gemeinden Spielraum für Dienste vor Ort zu schaffen, so etwa für Schulen, Kitas, Busse oder Bahnen. Dies geht aus einem Gesetzentwurf des Finanzministeriums hervor, der der *Deutschen Presse-Agentur* vorliegt. Zuvor hatte *"Politico"* berichtet. Das Entlastungspaket soll von 2026 bis 2029 gelten und ist laut Entwurf schon in der Haushaltsplanung berücksichtigt.

Der **Ölpreisschock** stürzt die **EZB** laut Direktoriumsmitglied Frank Elderson in ein Dilemma. "Wir haben es mit einem komplexen Szenario zu tun, das nicht leicht zu bewältigen ist", erklärte er in einem EZB-Blog, der am Dienstag zunächst als Gastbeitrag in der *"Financial Times"* veröffentlicht wurde. Versuche man, die Inflation durch Straffen der geldpolitischen Zügel einzudämmen, könne dies den Konjunkturabschwung vertiefen: "Lockert man sie zur Wachstumsförderung, kann dies die Inflation verfestigen", fügte der EZB-Direktor hinzu, der zugleich Vizechef der Bankenaufsicht "Single Supervisory Mechanism" (SSM) der Europäischen Zentralbank (EZB) ist.

Der **Krieg im Nahen Osten** wird nach Einschätzung des **Internationalen Währungsfonds** (IWF) zu höherer **Inflation** und einem **langsameren globalen Wachstum** führen. "Hätten wir diesen Krieg nicht, hätten wir eine leichte Anhebung unserer Wachstumsprognosen gesehen. Stattdessen führen nun alle Wege zu höheren Preisen und einem langsameren Wachstum", sagt IWF-Chefin Kristalina Georgieva der Nachrichtenagentur *Reuters* wenige Tage vor einer neuen IWF-Prognose für die Weltwirtschaft. Selbst ein rasches Ende der Krieges und eine schnelle Erholung würden zu einer geringen Abwärtskorrektur der Wachstumsprognose und einer Aufwärtskorrektur der Inflationsprognose führen, so Georgieva. Sollte sich der Krieg hinziehen, seien die Auswirkungen größer. Ohne den Krieg hätte der IWF eine leichte Anhebung seiner Prognose für das globale Wachstum auf 3,3 Prozent im Jahr 2026 und 3,2 Prozent im Jahr 2027 erwartet.



**US-Präsident** Donald Trump hält im **Iran-Krieg** nach eigenen Angaben an seinem **Ultimatum an die Regierung in Teheran** bis Dienstagabend (US-Zeit) zur Öffnung der Straße von Hormus fest. Die US-Armee werde sämtliche Kraftwerke und Brücken des Landes zerstören, sollte es bis dahin keine Einigung geben, sagte Trump am Montag auf einer Pressekonferenz in Washington. Der Iran hatte zuvor einen über Pakistan vermittelten US-Vorschlag für eine Feuerpause zurückgewiesen und forderte stattdessen ein dauerhaftes Ende des Krieges. Die staatliche iranische Nachrichtenagentur Irna meldete, die Antwort des Iran auf Trump umfasse zehn Punkte. Diese beinhalteten ein Ende der Kämpfe in der Region, ein Protokoll für die sichere Durchfahrt durch die Straße von Hormus sowie die Aufhebung von Sanktionen (Reuters).

**US-Präsident** Donald Trump sagt auf einer Pressekonferenz in Washington, es müsse bis zur gesetzten Frist am Dienstagabend einen Deal mit dem **Iran** geben, der für ihn akzeptabel sei. Andernfalls werde jede Brücke im Iran bis Dienstag um Mitternacht zerstört sein. Auch werde jedes Kraftwerk im Iran um Mitternacht zerstört sein. Er wolle aber nicht, dass es so weit komme. Kritikern zufolge begeht Trump Kriegsverbrechen, wenn die USA zivile Kraftwerke angreifen. Trump hat dazu gesagt, das mache im "keine Sorgen". Trump sagt, der Iran könne in einer Nacht ausgelöscht werden. Dies könne schon morgen Nacht der Fall sein, fügt er in Washington vor Reportern hinzu. (Reuters).

**US-Präsident** Donald Trump sagt auf einer Pressekonferenz in Washington, das **iranische Volk** sollte sich gegen die Regierung erheben, falls es einen Waffenstillstand gebe. Er wisse aber, dass dies für die Menschen im Iran zu gefährlich sei. "Nun, sie sollten es tun, aber die Konsequenzen wären enorm", sagt Trump. Schließlich sei den Menschen gesagt worden, sie würden sofort erschossen, wenn sie protestierten. Er glaube aber, dass die Iraner "bereit wären, das in Kauf zu nehmen, um Freiheit zu erlangen" (Reuters).

**Israel** greift den größten **iranischen Petrochemie-Komplex in Asalujeh** an. Dies sei ein schwerer wirtschaftlicher Schlag für Teheran, sagt der israelische Verteidigungsminister Israel Katz. In der Anlage South Pars seien mehrere Explosionen zu hören gewesen, meldet die Nachrichtenagentur Fars. Unternehmen, die Asalujeh mit Strom, Wasser und Sauerstoff versorgen, seien angegriffen worden, meldet die Nachrichtenagentur Tasnim. Die Petrochemie-Anlage selbst sei jedoch nicht beschädigt worden. Die Stromversorgung aller petrochemischen Einheiten in Asalujeh sei unterbrochen (Reuters).

Bei einem **israelischen Luftangriff im Gazastreifen** sind nach Angaben der palästinensischen Behörden mindestens zehn Menschen getötet und mehrere weitere verletzt worden. Der Beschuss ereignete sich demnach am Montag östlich des Flüchtlingslagers Maghasi im Zentrum des Küstengebiets. Zuvor war es Anwohnern zufolge zu Zusammenstößen zwischen Palästinensern und einer von Israel unterstützten Miliz gekommen. Diese habe Menschen verschleppen wollen. Während der Auseinandersetzung hätten israelische Drohnen zwei Raketen in das dicht besiedelte Viertel gefeuert (Reuters).

Die **iranischen Revolutionsgarden** greifen nach Angaben staatlicher Medien das **amphibische US-Angriffsschiff LHA-7** an und zwingen es zum Rückzug in den südlichen Indischen Ozean. Zudem attackieren die Garden ein **Containerschiff** mit der Kennung "SDN7", das nach ihren Angaben zu Israel gehört. Der genaue Ort dieses zweiten Angriffs wird nicht genannt (Reuters).

**Saudi-Arabien** fängt nach eigenen Angaben sieben **ballistische Raketen** ab, die auf die östliche Region des Landes abgefeuert werden. Trümmer der abgefangenen Geschosse seien in der Nähe von Energieanlagen niedergegangen, teilt das Verteidigungsministerium mit. Die Behörden prüfen mögliche Schäden. Wer die Raketen abgefeuert hat, teilt das Ministerium zunächst nicht mit (Reuters).

Mit neuen **Zöllen auf Arznei** und **geänderten Zollregeln bei Stahl** treibt die **US-Regierung** ihre aggressive Handelspolitik voran. Mit einem satten Aufschlag von 100 Prozent will sie Pharmakonzerne dazu bewegen, sich in den USA anzusiedeln - Deutschland und die EU insgesamt sowie andere Nationen sind wegen separater Abkommen jedoch ausgenommen (dpa/AFX).

**US-Präsident** Donald Trump will die **Ausgaben für das Militär** massiv erhöhen. Im Haushalt für 2027 sollen die Mittel auf 1,5 Billionen Dollar (1,3 Billionen Euro) steigen, wie aus einem vom Weißen Haus veröffentlichten Etatentwurf hervorgeht. Das wäre laut US-Medien ein Höchststand in der jüngeren Geschichte Amerikas. Für das laufende Haushaltsjahr 2026 sind für den Verteidigungsbereich nur rund 1 Billion Dollar (870 Milliarden Euro) eingeplant (dpa/AFX).

Die **Ukraine** hat nach eigenen Angaben mit **Syrien** eine engere **Zusammenarbeit in Sicherheitsfragen** vereinbart. Angesichts des Iran-Krieges wolle die Ukraine ihre militärische Expertise in der Region einbringen, schrieb der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj am Sonntag nach einem Treffen mit seinem syrischen Amtskollegen Ahmed al-Scharaa in Damaskus auf der Plattform Telegram. Es gebe ein großes Interesse am Austausch von militärischen Erfahrungen (Reuters).

In der syrischen Hauptstadt **Damaskus** und dem Umland sind **Explosionen** zu hören. Sie werden durch das israelische Abfangen iranischer Raketen verursacht, meldet das syrische Staatsfernsehen. Weitere Details liegen zunächst nicht vor (Reuters).

Der ukrainische Rüstungskonzern **Fire Point** verhandelt mit **europäischen Unternehmen** über die **Entwicklung eines neuen Luftverteidigungssystems**. Dieses soll eine kostengünstige Alternative zum US-System Patriot werden, das wegen des Krieges am Golf zunehmend knapp ist. Ziel sei es, die Kosten für den Abschuss einer ballistischen Rakete auf unter eine Million Dollar zu senken, sagte Mitgründer und Chefentwickler Denys Schtiljerman der Nachrichtenagentur Reuters. Das System solle bis zum kommenden Jahr auf den Markt kommen (Reuters).

Das **ukrainische Militär** greift nach Angaben des Kommandeurs der Drohnenstreitkräfte in der Nacht ein **russisches Kriegsschiff** im Hafen von **Noworossijsk** sowie eine **Bohrinsel im Schwarzen Meer** nahe der besetzten Halbinsel Krim an. Ziel sei der Raketenträger "Admiral Makarow" gewesen, erklärt Robert Browdi über den Kurznachrichtendienst Telegram (Reuters).

Bei einem **russischen Drohnenangriff** auf den ukrainischen Schwarzmeerhafen **Odessa** in der Nacht sind nach Angaben des örtlichen Gouverneurs drei Menschen, darunter ein Kind, ums Leben gekommen. Infrastruktur sowie Wohn- und Verwaltungsgebäude seien beschädigt worden, teilt Oleh Kiper, Gouverneur der Region Odessa, auf Telegram mit. Zehn Menschen seien verletzt worden (Reuters).

Die **Ukraine** hat nach Angaben ihres Armeechefs Olexandr Syrskyj seit Ende Januar **480 Quadratkilometer Gebiet im Südosten und Osten des Landes** zurück. Trotz dieser Erfolge setze **Russland** seine **Frühjahrsoffensive** fort, teilt Syrskyj auf dem Kurznachrichtendienst Telegram mit. Ziel der russischen Truppen sei es weiterhin, mehr ukrainisches Territorium einzunehmen und eine Pufferzone in der Region Dnipropetrowsk einzurichten. US-Militäranalysten zufolge schwächen die ukrainischen Gegenangriffe die russischen Vorstöße zur Einnahme des wichtigen Logistikknotenpunktes Pokrowsk (Reuters).

**China** hat neue **Leitlinien für seinen Online-Handel** vorgelegt und will unterem anderem eine "Schnellspur" für den Waren-Import in den eigenen Markt schaffen. Die am Montag veröffentlichten Regeln sehen zudem ein Gleichgewicht zwischen Förderung und Regulierung sowie die Einrichtung von Pilotzonen für den grenzüberschreitenden Handel vor. Aus Expertensicht ist dies ein konstruktiver Schritt zur Entschärfung des Handelskonflikts mit der Europäischen Union (EU). Eine vollständige Beilegung des Streits sei aber unwahrscheinlich, sagte Chen Bo von der National University of Singapore (Reuters).

**Japan** will wegen der starken **Schwankungen an den Finanzmärkten** infolge des **Nahost-Konflikts** eng mit den anderen **G7-Staaten** zusammenarbeiten. Dies kündigt Finanzministerin Satsuki Katayama an. Die Rendite zehnjähriger japanischer Staatsanleihen steigt auf den höchsten Stand seit 1999, während der Yen nahe der Marke von 160 zum Dollar notiert. Die G7-Finanzminister hätten bereits vergangene Woche über die weitreichenden Auswirkungen der Entwicklungen im Nahen Osten beraten, sagt Katayama weiter (Reuters).



**Japans Ministerpräsidentin** Sanae Takaichi plant trotz **Versorgungssorgen durch den Krieg im Iran** vorerst keine Energiesparmaßnahmen für Haushalte und Unternehmen. Sie habe nicht die Absicht, zu Einsparungen aufzurufen, die die Wirtschaftstätigkeit bremsen würden, sagt Takaichi vor dem Haushaltsausschuss des Oberhauses. Die Regierung beobachte die Lage genau und werde bei Bedarf rasch handeln (Reuters).

Der **südkoreanische Präsidialamtschef** Kang Hoon-sik reist nach **Kasachstan, Oman und Saudi-Arabien**, um die Versorgung mit **Rohöl** und **Naphtha** sicherzustellen. Als Sondergesandter von Präsident Lee Jae Myung will er mit Regierungen, Energiefirmen und Reedereien über stabile Lieferungen verhandeln, teilt er mit. Südkorea bezieht 61 Prozent seiner Rohöl- und 54 Prozent seiner Naphtha-Importe über die Straße von Hormus. Derzeit warten 26 südkoreanische Schiffe in der Meerenge auf sichere Durchfahrt (Reuters).

## Automobile / Zulieferer

Angesichts der **Krise bei Autoherstellern und Zulieferern** fordert **IG-Metall-Chefin** Christiane Benner eine weitere Lockerung des **Verbrenner-Verbots**. Ihre Gewerkschaft wolle Perspektiven für die Beschäftigten in der Autoindustrie, insbesondere bei Zulieferern, sagte Benner der *"Automobilwoche"*.

## Industrie

Der **Bundesverband der Deutschen Industrie** fordert **Tempo von der Bundesregierung** für grundlegende **Reformen**. "Wir brauchen ein umfassendes Reformpaket vor dem Sommer", sagte BDI-Hauptgeschäftsführerin Tanja Gönner der *Deutschen Presse-Agentur*. "Das Zeitfenster ist kurz."

Die **deutsche Industrie** orientiert sich nach Erkenntnissen der Deutschen Industrie- und Handelskammer (DIHK) zunehmend in Richtung **Rüstungsproduktion**. Nach einer Umfrage, die der *"Wirtschaftswoche"* vorliegt, sieht fast ein Drittel der befragten Industrieunternehmen Chancen für das eigene Geschäftsmodell in der Sicherheits- und Verteidigungsindustrie.

## Öl & Gas

Die in der **Opec+** zusammengeschlossenen Öl-Länder haben inmitten der durch den Iran-Krieg ausgelösten Mangelversorgung an den Energiemärkten eine Erhöhung ihrer **Förderquoten** beschlossen. Experten zufolge dürfte der Schritt zunächst aber nicht zu einer Verbesserung der Lage führen. Die Mengen sollten im Mai um 206.000 Barrel (je 159 Liter) pro Tag angehoben werden, teilte die Opec+ am Sonntag mit. Die wichtigsten Mitglieder können ihre Produktion wegen des Krieges aber nicht steigern (Reuters).

Der **staatliche irakische Ölvermarkter Somo** hat von seinen Kunden innerhalb von 24 Stunden **Pläne für die Verladung von Rohöl** gefordert. Dies ging aus einem von der Nachrichtenagentur *Reuters* am Montag eingesehenen Dokument hervor. Hintergrund sind Medienberichte, denen zufolge der Iran den Irak von jeglichen Beschränkungen für den Transit durch die Straße von Hormus ausgenommen hat. "Um die Kontinuität und Stabilität der Rohölexporte zu gewährleisten, fordern wir Ihr geschätztes Unternehmen auf, seine Verladepläne innerhalb von 24 Stunden einzureichen", hieß es in dem Schreiben des Ölvermarkters vom Sonntag. Alle Verladeterminale, einschließlich des Basrah Oil Terminal, seien voll betriebsbereit. Somo sei in der Lage, alle vertraglichen Programme ohne Einschränkungen auszuführen. Eine offizielle Stellungnahme des Unternehmens lag zunächst nicht vor.

**Serbien** hat nach eigenen Angaben **Sprengstoff** an einer wichtigen **Pipeline** entdeckt, die russisches Gas nach Mitteleuropa transportiert. Der Fund könnte den **Wahlkampf in Ungarn** beeinflussen, wo Ministerpräsident Viktor Orban um seine Wiederwahl bangen muss. Orban sprach am Sonntag von einem Sabotageakt, für den er indirekt die Ukraine verantwortlich machte. Die **Ukraine** wies die Vorwürfe am Sonntag zurück und erklärte, es handele sich wahrscheinlich um eine fingierte russische Operation unter "falscher Flagge". Moskau wolle sich damit in Ungarns Wahlen einmischen. Auch in Ungarn gab es Zweifel an der offiziellen Darstellung (Reuters).



## Technologie

**Samsung Electronics** hat für das erste Quartal einen Rekordgewinn in Aussicht gestellt, der die Erwartungen deutlich übertrifft. Der weltgrößte Speicherchip-Hersteller rechnet mit einem operativen Gewinn von 57,2 Billionen Won (37,92 Milliarden Dollar), teilte der südkoreanische Konzern mit. Dies entspricht mehr als einer Verachtfachung im Vergleich zu den 6,69 Billionen Won im Vorjahreszeitraum. Analysten hatten laut LSEG nur mit 40,6 Billionen Won gerechnet. Der Boom bei KI-Rechenzentren habe zu Engpässen bei herkömmlichen Chips für Smartphones und Computer geführt und die Preise nach oben getrieben, hieß es. Der Umsatz soll um 68 Prozent auf 133 Billionen Won steigen (Reuters).

## Versicherungen

Der Reiseversicherer **Axa** rechnet einem Medienbericht zufolge insgesamt mit über 2.000 Schadensfällen wegen des **Kriegs im Nahen Osten**. Die Kosten würden damit über drei Millionen Schweizer Franken betragen, berichtete "*Blick*" online am Montag unter Berufung auf Angaben des Versicherers.



STEU BING AG  
WERTPAPIERHANDELSBANK



## FAROS Private Markets Database

Die kostenlose Datenbank für institutionelle Investoren

[privatemarkets.faros-consulting.de](http://privatemarkets.faros-consulting.de)

### Kontakt

Wolfgang Steubing AG  
Wertpapierdienstleister  
Goethestraße 29  
60313 Frankfurt a. M.  
T +49 69 29716 0  
F +49 69 29716 111  
[info@steubing.com](mailto:info@steubing.com)  
[www.steubing.com](http://www.steubing.com)

### Morning News

Alexander Dietzer  
T +49 69 29716 149  
[alexander.dietzer@steubing.com](mailto:alexander.dietzer@steubing.com)

### Institutionelle Kundenbetreuung

Michael Heidn  
T +49 69 29716 131  
[michael.heidn@steubing.com](mailto:michael.heidn@steubing.com)

### Haftungsausschuss

Die beigefügten Presseauszüge spiegeln Informationen und Meinungen der jeweiligen Analysten und Redaktionen wider. Neben den Presseauszügen enthält dieses Dokument Informationen, die durch die Wolfgang Steubing AG Wertpapierdienstleister, nachfolgend Steubing AG, erarbeitet wurden. Obwohl die Steubing AG sämtliche Angaben und Quellen für verlässlich hält, kann für die Richtigkeit, Vollständigkeit und Aktualität der enthaltenen Informationen keine Haftung übernommen werden. Insbesondere wird für Irrtum und versehentliche unrichtige Wiedergabe, insbesondere in Bezug auf Kurse und andere Zahlenangaben, jegliche Haftung ausgeschlossen. Die Steubing AG übernimmt keine Verpflichtung zur Richtigstellung etwa unzutreffender, unvollständiger oder überholter Informationen.

Dieses Dokument dient lediglich der Information. Auf keinen Fall enthält es Angebote, Aufforderungen oder Empfehlungen zum Kauf oder Verkauf von Wertpapieren oder anderen Finanzinstrumenten. Die in diesem Dokument enthaltenen Informationen stellen keine „Finanzanalyse“ im Sinne des Wertpapierhandelsgesetzes dar und genügen auch nicht den gesetzlichen Anforderungen zur Gewährleistung der Unvoreingenommenheit der Finanzanalyse und unterliegen keinem Verbot des Handels vor der Veröffentlichung von Finanzanalysen. Sie können insbesondere von den von Steubing AG veröffentlichten Analysen von Finanzinstrumenten und ihrer Emittenten (Research) abweichen. Bevor Sie eine Anlageentscheidung treffen, sollten Sie Ihren Anlageberater konsultieren.

Die Informationen in diesem Dokument richten sich ausschließlich an institutionelle Investoren und professionelle Marktteilnehmer; es ist nicht für die Verbreitung an Privatpersonen geeignet. Dieses Dokument ist entsprechend des deutschen Aufsichtsrechts erstellt worden und wird von der Steubing AG nach Maßgabe dieser Vorschriften übermittelt. Ausländische Rechtsordnungen können die Verbreitung dieses Dokuments beschränken. Eine Weitergabe oder Verbreitung dieses Dokuments ist daher nur nach vorheriger ausdrücklicher Zustimmung der Steubing AG gestattet.

Die Steubing AG, die dieses Dokument verbreitet, unterliegt der Aufsicht durch die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht in Deutschland.

© 2026 Wolfgang Steubing AG Wertpapierdienstleister. Alle Rechte vorbehalten.

### Zuständige Aufsichtsbehörde

Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin)  
Graurheindorferstraße 108  
D-53117 Bonn

und

Marie-Curie-Str. 24-28  
D-60439 Frankfurt

